



Jochen Haußmann

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Parlamentarischer Geschäftsführer, stellv. Vorsitzender und
gesundheitspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion

PRESSEMITTEILUNG

vom 27. Mai 2024

Weniger Steuerbelastung für Bauwillige könnte die Bauwirtschaft wieder ankurbeln

Haußmann (FDP): Grunderwerbsteuer muss sinken, ohne die Kreiskasse zu belasten

Die Einnahmen des Landes und des Rems-Murr-Kreises aus der Grunderwerbsteuer sind 2023 massiv eingebrochen: „Das Land Baden-Württemberg hat nach Angaben des Statistischen Landesamtes im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr rund 580 Millionen weniger Grunderwerbsteuer eingenommen. Das Aufkommen verringerte sich um 25,9 Prozent von rund 2,24 Milliarden auf etwa 1,66 Milliarden Euro und ist damit annähernd so niedrig wie zuletzt im Jahr 2016“, meldete das Statistische Landesamt. Der Rems-Murr-Kreis ist von diesem Einnahme-Minus betroffen, weil er einen Anteil von 38,85 Prozent an dieser Landessteuer erhält, soweit sie für Grundstücksgeschäfte oder Bauprojekte in seinem Gebiet anfällt. Für den Rems-Murr-Kreis lag das daraus resultierende Aufkommen an Grunderwerbsteuer im Jahr 2023 bei 27,3 Millionen Euro. 2022 waren es noch 33,7 Millionen Euro gewesen. Der bisherige Rekordwert wurde 2020 mit 40 Millionen Euro erreicht. "Das ist", sagen Jochen Haußmann, der FDP-Landtagsabgeordnete aus Kernen, und seine Kollegin Julia Goll aus Waiblingen, "eindeutig eine Folge der schlechten Baukonjunktur." Deshalb fordere die FDP als Gegenmaßnahme eine Senkung der Grunderwerbsteuer, die allerdings nur durch eine Absenkung des Landesanteils erfolgen soll: Der Kreis soll nicht belastet werden.

Das geht, denn die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer teilen sich Stadt- und Landkreise mit dem Land aufgrund eines Verteilungsschlüssels. Um nur das Land zu belasten, müsste dieser Schlüssel entsprechend geändert werden. "In die Kreiskasse fließen nur 38,85 Prozent des Aufkommens, das Land bekommt mit 61,15 Prozent deutlich mehr", sagt Jochen Haußmann: „Diese Bevorzugung des Landes hatte die rot-grüne Landesregierung von 2011 bei der damaligen Erhöhung der Steuer durchgesetzt. Seit November 2011 gehen nur noch die 38,85 Prozent (vorher 55,5 Prozent) an die Stadt- und Landkreise.“

„Der Kreis braucht das Geld, er hat fast keine Ausweichmöglichkeiten“, sind sich Jochen Haußmann und seine Waiblinger Landtags- und Kreistagskollegin Julia Goll einig. Der Kreis könnte nur die Kreisumlage erhöhen, aber das träfe dann unmittelbar die Städte und Gemeinden im Rems-Murr-Kreis und deren Bürgerinnen und Bürger." Und der Kreis ist laut dem aktuellen Haushaltsplan eh schon im Minus: „Der Etat sieht für 2023 und 2024 Grunderwerbsteuer-Einnahmen von je 34,5 Millionen Euro vor, die werden laut Statistischem Landesamt 2023 um sieben Millionen Euro unterschritten und wohl auch 2024 nicht erreicht werden. Eine Reform tut also not.“

1/2



Jochen Haußmann

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Parlamentarischer Geschäftsführer, stellv. Vorsitzender und
gesundheitspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion

Das Land könnte nach Einschätzung der Landtagsabgeordneten dafür im kommenden Etat 2025 zugunsten einer wieder anziehenden Baukonjunktur und des vielzitierten bezahlbaren Wohnraums auf einen Teil seiner Steuereinnahmen verzichten. Die Bauwirtschaft sieht das ähnlich: „Wir vermissen auf Landesebene nach wie vor jedes Konzept zur Ankurbelung des Wohnungsbaus. Senkung der Grunderwerbsteuer - Fehlanzeige. Ausbau der sozialen Wohnraumförderung - Fehlanzeige. Sonstige Unterstützungen, insbesondere für private Bauherren – Fehlanzeige.“ Geschäftsführer Thomas Möller versteht laut Pressemitteilung seines Verbandes, der Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg, die Landesregierung nicht.

Wie eine aufkommensneutrale Reform der Grunderwerbsteuer aussehen könnte, hat Jochen Haußmann am Beispiel Rems-Murr-Kreis hochgerechnet: „Wenn wir von fünf auf 3,5 Prozent Grunderwerbsteuer zurückgehen, wie vor 2011, und aus dem Kreis ein Aufkommen von 70 Millionen voraussetzen, würde ein Verteilerschlüssel von Halbe:Halbe passen, um die Auswirkungen auf den Kreisetat zu beschränken. „Damit könnten alle leben und die Bau- und Kaufwilligen mit dem Traum vom eigenen Häusle oder zumindest der eigenen vier Wände würden deutlich entlastet. Denn bei einer Investition von 400.000 Euro betrüge die Steuer nur noch 14.000 statt 20.000 Euro.“

